Newsletter Juli 2013



Russland, eine europäische Grossmacht?

Prof. Dr. Albert A. Stahel

Unter dem Präsidium von Jelzin wurde die Russische Föderation beinahe als kranker Mann von Moskau abgetan. Vor allem in den USA wurde mit einem baldigen Zerfall Russlands gerechnet. Diese Beurteilung musste nach der Machtübernahme von Putin, ab 1999 schrittweise geändert werden. Heute gilt die Russische Föderation zusammen mit China, Indien und Brasilien als die wirtschaftlichen und politischen Herausforderer der Weltmacht USA. Aufgrund der Fläche von 17'075'400 qkm (davon 3'952'550 qm in Europa) und der Verfügbarkeit an Rohstoffen könnte Russland als die Grossmacht Europas bezeichnet werden. Die Grenzen Russlands reichen im Westen, unter Einrechnung des Satelliten Belarus, bis an die polnische Grenze und Osten bis an den Pazifik. Mit der Stadt Wladiwostok ist Russland auch eine pazifische Macht.

1. Das neue Politbüro

An der Spitze der Föderation steht Wladimir Wladimirowitsch Putin. Seine Herrschaft als Präsident wurde während 4 Jahren durch Dmitri Medwedew unterbrochen. Während diesen vier Jahren amtete Putin als Ministerpräsident. Seit über einem Jahr sind die Rollen vertauscht. Nun wirkt Medwedew als Ministerpräsident. Putin übt eine via die Sicherheitsdienste sehr enge Kontrolle über das Land aus. Zur Absicherung seiner Macht und auch als Garant für seine Nachfolgerschaft hat er in Anlehnung an die alte Sowjetunion, die mit dem Politbüro durch ein Kollektiv geführt wurde, ein neues Politbüro gebildet[1]. Ähnlich wie unter dem alten kommunistischen System sollen die einzelnen Mitglieder dieser Führungscrew austauschbar sein. Putin will sich nicht mehr auf einzelne Adlaten abstützen müssen. Während noch vor einem Jahr Russland durch zwei rivalisierende Clans beherrscht wurde, die Putin jeweils gegeneinander ausspielte, soll nun das Kollektiv herrschen. Fällt einer aus dieser Führungsriege aus bzw. muss ersetzt werden, werden die anderen Bereiche nicht in Mitleidenschaft gezogen. Damit die einzelnen Russen den Eindruck erhalten, dass ihre Interessen durch dieses Kollektiv vertreten werden, soll das Kollektiv neutral sein. Des Weiteren soll die neue Generation Aufstiegsmöglichkeiten in dieses Kollektiv erhalten. Gemeinhin wird diese «kollektive» Führungsriege als Politbüro 2.0 bezeichnet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat dieses Politbüro 10 Mitglieder, zu denen Wladimir Putin als Präsident und Dimitri Medwedew als Ministerpräsident angehören. Entsprechend der politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen sind im Politbüro alle entscheidenden Funktionen vertreten, so die präsidiale Verwaltung, die Technologieforschung, Erdöl- und Gasindustrie, die Verteidigung, das Bankenwesen, der Bürgermeister von Moskau und Rosneft. Mit dieser Zusammensetzung will Putin die für Russland anbahnenden Herausforderungen bezüglich der Wirtschaft, der Demographie und der sozialen Spannungen meistern können und gleichzeitig seine Nachfolgerschaft absichern.

2. Strategie des Rohstofflieferanten

Die Wirtschaft der Russischen Föderation beruht im Wesentlichen auf der Förderung und den Export von Rohstoffen. Russland verfügt über 32% aller Erdgasvorräte der Welt (steht damit an erster Stelle der Welt) und 12% aller Erdölvorräte. Die Förderung des Erdöls und des Erdgases erfolgt vor allem im Norden und im Osten. Dazu kommen die riesigen Vorkommen an Gold (an dritter Stelle in der Welt), Eisen und Zinn (27% der Weltvorräte), Kohle (50%), Nickel (36%), Kupfer (11%), Kobalt (20%), Blei (12%), Zink (16%) und Platin (40%). Des Weiteren ist die Holzindustrie – Russland verfügt über 20% des weltweiten Waldbestandes – und die Landwirtschaft mit einer Ackerfläche von 122 Millionen Hektaren 9% des weltweiten Ackerlandes zu erwähnen.

[1] STRATFOR, July 1, 2013

In Anbetracht, dass das Eis der Arktis zunehmend schmilzt und der gesamte nördliche Teil Russlands an das Nordpolarmeer angrenzt, werden die dort lagernden Rohstoffe immer interessanter. Aufgrund der bisher durchgeführten Prospektionen wird angenommen, dass ein Drittel der Erdgasvorräte und 15% der Erdölvorräte der Welt in der Arktis lagern.[2] In zunehmendem Masse richtet die russische Führung ihre Aufmerksamkeit auf die Arktis. Neben der Ausbeutung der Rohstoffe steht für Moskau auch die ganzjährige Benützung der Nord-Ost-Passage als Transitroute für die Schifffahrt von Europa nach Asien zur Verfügung. Als ein Zeichen des Anspruchs Russlands auf einen grossen Teil der Arktis hat eine Expedition mit einem Mir-Unterseeboot 2007 eine russische Flagge aus Titan auf dem Meeresboden über dem Nordpol angebracht. Diesen Anspruch auf den Nordpol versucht Moskau mit dem Lomonosowrücken, der sich unter dem Meeresspiegel vom russischen Kontinentalsockel bis zum Nordpol fortsetzen soll, zu untermauern. Die anderen Mitglieder des arktischen Rates, zu denen neben Russland auch Kanada, die USA, Dänemark mit Grönland, Norwegen, Island, Schweden und Finnland gehören, haben diesen Anspruch vehement abgelehnt.

Was die ganzjährige Befahrung der Nord-Ost-Passage betrifft, so wird dies dann interessant werden, wenn einmal die Arktis ganzjährig eisfrei sein. Vor 2050 wird nicht damit gerechnet.

Bereits jetzt betreibt Russland eine sehr durchdachte Strategie aufgrund seiner Erdöl- und Erdgaslieferungen nach Europa. Dank der Kontrolle seines Pipelinesystems will Russland insbesondere seinen Einfluss auf einzelne südeuropäische Staaten, die früher zum sowjetischen Satellitengürtel gehörten, ausbauen. Zu diesen gehören Ungarn und Bulgarien. Dank der geschickten verhinderten Realisierung des europäischen Nabucco-Projektes einer Pipeline vom Kaukasus über den Balkan nach Wien will Moskau inskünftig seinen Einfluss auf Ungarn und Bulgarien steigern. Im eigentlichen Fokus der strategischen Interessen von Moskau steht aber Deutschland, das über die Pipeline North Stream direkt, unter Umgehung von Polen und Belarus, mit russischem Erdgas versorgt wird.

Zu dieser Art von russischen Aussenpolitik gehört die Kontrolle über den Kaukasus und die durch keinen Rivalen in Frage gestellte Herrschaft über die Rohstoffe Zentralasiens. Der grösste Rivale in diesem Raum sind vor allem die USA. Langfristig wird es aber auch China sein.

In Europa versuchen die USA die strategischen Ambitionen von Moskau durch die Unterstützung Polens und der baltischen Staaten zu konterkarieren. Dazu gehört die Förderung von Schiefergas und die Einrichtung eines Terminals für flüssiges Erdgas in Litauen.

3. Allianz mit China

Dank der Verfügbarkeit über ein beachtliches strategisches Potential, so insbesondere über Nuklearwaffen, versucht Russland eine eigene Geostrategie zu formulieren und umzusetzen. Putin will den Status der Grossmacht aufrechterhalten und lehnt eine Welt, die durch die Unipolarität der USA bestimmt wird ab. Eine solche Welt beurteilt Putin als die Bedrohung der Sicherheit von Russland. Er will die strategische Abschreckung zu den USA aufrechterhalten und strebt eine multipolare Weltordnung an. Als Gegengewicht zu den USA geht Russland Allianzen mit anderen Partnern ein, so insbesondere mit China. Damit will Putin die Multipolarität in der Welt durchsetzen. Aber auch die Beziehungen zu Indien hat Russland in den letzten Jahren intensiviert. Dazu setzt Putin Rohstoff- und Waffenlieferungen ein.

Für die Intensivierung der Allianz mit China setzt Putin auf die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (Shanghai Cooperation Organisation, SCO (Chinesisch: ShànghĐi Hézuò ZĐzhĐ; Russisch: Shankhayskaya organizatsiya sotrudnichestva)). Aufgrund der gesetzten Ziele ist die SCO eine Sicherheitsorganisation. Sie ist 2011 in Schanghai durch China, Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan begründet worden. Die Vorläuferorganisation wurde bereits 1996 ohne Usbekistan errichtet. China und Russland wollen mit dieser Organisation ihre Interessen in Zentralasien gegenüber den USA durchsetzen und die USA auch aus diesem Raum verdrängen. Beobachterstatus haben Afghanistan, Indien, der Iran, Mongolei und Pakistan.

Eine weitere Organisation, die ein Gegengewicht zur Einflussnahme der USA in Zentralasien sein soll, ist die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS). Ursprünglich ist diese Organisation als ein Teil der GUS gebildet worden, ist aber seit dem 7. Oktober 2002 eine eigenständige internationale Organisation für die Durchsetzung der kollektiven Sicherheit der Mitgliedstaaten, zu denen heute neben Russland auch Belarus, Armenien, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan gehören. Usbekistan ist aus der Organisation ausgetreten. Mit der OVKS soll die gemeinsame Verteidigung im Falle eines Angriffs gewährleistet sein. 2009 wurde eine schnelle Eingreiftruppe für Krisenlagen gebildet.

Mit China führt Russland immer wieder gemeinsame militärische Manöver, so auch im Pazifik, durch.

[2] Bogatowa, Margarita, Stimme Russlands, Arktis im Visier internationaler Gemeinschaft, 23. Januar 2013.

4. Kaukasus und Ukraine Satellisierung?

Aussenpolitisch konzentriert sich Russland insbesondere auf den Kaukasus und die Ukraine. Im Kaukasus stehen die Beziehungen zu Georgien und Armenien im Vordergrund. Während noch bis vor kurzem Georgien die Mitgliedschaft in der NATO anstrebte, hat seit den letzten Wahlen in Georgien eine Kehrtwendung stattgefunden. Offenbar hat sich vor allem auf Betreiben der eigenen orthodoxen Kirche Georgien wieder Russland zugewendet. Auch der Aussenhandel dürfte entscheidend gewesen sein, ist doch Georgien aufgrund seines Exportes von Russland abhängig. Was Armenien betrifft, so ist die Sicherheit des Landes von der Truppenpräsenz der 3'300 russischen Soldaten im Lande abhängig. Diese sind der Abschreckungsfaktor gegenüber den machtpolitischen Ambitionen der Türkei auf dem Kaukasus und der türkischen Beziehungen zum Erzfeind Aserbaidschan. Russland versucht seinen Einfluss auf den Kaukasus zu intensivieren. Eine eigenständige Politik von Aserbaidschan bei der Lieferungen von Erdgas und Erdöl nach Europa will Moskau nicht.

Was die Ukraine betrifft, so versucht das Land sowohl mit Russland wie auch mit der EU gute Beziehungen aufrecht zu erhalten. Nach wie vor ist in Sewastopol (Krim) die russische Schwarzmeerflotte mit 13'000 Mann stationiert. Das Recht auf deren Aufenthalt soll für Jahrzehnte gesichert sein. Unter Einsatz der Gaslieferungen versucht Russland die Ukraine stärker an sich zu binden. Putin möchte die Ukraine in sein neues Vertragswerk der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft einbinden. Das eigentliche Ziel der russischen Strategie dürfte die Satellisierung der Ukraine sein. Nur durch die Kontrolle über die Ukraine könnte Russland versuchen wieder Weltmachtstatus zu erlangen.

5. Nötigung des Baltikums

Teilweise durch politische Aufhetzung der russischen Minderheiten, teilweise unter Benützung der Energie versucht Moskau insbesondere Lettland und Estland in seine Abhängigkeit zu zwingen. Der dafür anfälligste Staat ist Lettland, dessen russische Minderheit über 30% der Bevölkerung von 2'191'580 Menschen ausmacht. Allerdings geniessen die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland dank ihrer Mitgliedschaft in der NATO und auch in der EU einen gewissen Schutz durch die USA. Geopolitisch ist das Baltikum sowohl für die USA wie auch für Russland bedeutsam. Die Kontrolle über das Baltikum ist sowohl für den Schutz von St. Petersburg wie auch für jenen von Norddeutschland wichtig.

6. Aufrüstung

Unter Jelzin wurden die russischen Streitkräfte nicht nur vernachlässigt, sondern auch massiv abgebaut. Neue Waffensysteme wurden nicht mehr eingeführt. Putin hat diesen Zustand beendet. Insbesondere die Nuklearwaffen werden trotz der Abkommen mit den USA wieder modernisiert. Neue nuklearangetriebene Unterseeboote werden auf Kiel gelegt und neue U-Boot-gestützte ballistische Lenkwaffen werden in die russischen Seestreitkräfte eingeführt. Mit über 4'430 Gefechtsköpfen für den strategischen und taktischen Einsatz (in Reserve sind weitere 5'500 nukleare Gefechtsköpfe) hat Russland immer noch das grösste Nuklearsenal in der Welt.[3] Gleichzeitig strebt Russland die Umwandlung der aktiven Streitkräfte mit 845'000 Offizieren und Soldaten in eine Berufsarmee an. 2012 setzte Russland für seine Streitkräfte 76.8 Mia US-Dollar, ca. 3.0% des BSP, ein.[4]

Interessanterweise wird vor allem die russische Nordflotte, die in Severomorsk, entlang der Kola-Halbinsel und dem Weissen Meer stationiert ist, mit neuen Waffen ausgerüstet. Diese Flotte verfügt bereits heute über drei Viertel der nuklearstrategischen U-Boote Russlands. In diesem Januar ist zum ersten Mal nach über 20 Jahren die Nordflotte mit dem neuesten strategischen U-Boot, der Yury Dolgoruky, verstärkt worden. Bis 2015 wird die 200. Motorisierte Schützenbrigade der Nordflotte unterstellt werden. Flugplätze, die nach dem Zerfall der UdSSR in der Arktis deaktiviert wurden, werden wieder aktiviert. So wird eine Staffel der Hochleistungsabfangjäger MiG-31 nach Novaya Zemlya in der Arktis verlegt. Seit dem August 2007 hat Moskau auch die Patrouillenflüge der Langstreckenbomber in der Arktis wieder aufgenommen und schrittweise erhöht. Dazu gehören Flüge entlang der norwegischen Küste. Im März 2013 haben sich 2 Mittelstreckenbomber Tu-22M3 Backfire and vier Kampfflugzeuge Su-27 der schwedischen Küste bis 20 Seemeilen genähert, ohne dass die schwedischen Abfangjäger reagierten.[5]

Das Ziel der Aufrüstung ist primär die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckung gegenüber den USA. Mit der Ausrichtung auf den Norden will Russland sich die Kontrolle über die Rohstoffe der Arktis und der Nord-Ost-Passage sichern. Sowohl die Ausbeutung der arktischen Rohstoffe wie auch die Benützung der Nord-Ost-Passage könnten in den nächsten 20 Jahren für die Bestimmung über die Weltwirtschaft entscheidend sein.

[3] Kristensen, Hans M. and Robert S. Norris, Russian nuclear forces, 2012, Bulletin of the Atomic Scientist, March 5, 2012.

[4] The Military Balance 2013, The International Institute for Strategic Studies, London, 2013, S. 225 – 236.

[5] Le Mière, Christian, Arctic Doublespeak, in : Proceedings, U.S. Naval Institute, July 2013, S. 32 – 37.

7. Die Demographie: der entscheidende Faktor für die Zukunft Russlands

Die Bevölkerung Russlands wird auf 142'517'670 Menschen geschätzt. Seit 2010 ist der Bevölkerungsrückgang verlangsamt worden. Trotz der staatlichen Beihilfen der Regierung ist die Geburtenrate nur marginal erhöht worden. Nach wie vor weist Russland eine hohe Auswanderung und insbesondere bei den Männern eine tiefe Lebenserwartung mit ca. 64 Jahren auf. Die Demographie wird über die Zukunft Russlands entscheiden.

8. Die Zukunft

Russland ist, was die Fläche und Ausdehnung betrifft, das grösste Land dieser Erde. Des Weiteren ist es reich an Rohstoffen. Gleichzeitig ist aber Russland, so vor allem im Fernen Osten, unterbevölkert. Der Bevölkerungsfaktor bestimmt bereits heute die geopolitische Bedeutung des Landes. Vor allem wegen der Grösse der Bevölkerung, aber auch wegen seiner wirtschaftlichen Schwäche, die auch eine Folge der ungenügenden Infrastruktur ist, hat Russland den Status als Weltmacht verloren. Um den USA gegenübertreten zu können, benötigt Russland Alliierte. Einen solchen glaubt Putin in China gefunden zu haben. Beide Staaten wollen die USA als Weltmacht ausmanövrieren und setzen dafür die Zweckgemeinschaft der SCO ein. Gegenüber China ist Russland trotz seiner immensen Rohstoffe der schwächere Partner. Sollte einmal das gemeinsame Ziel dieser Partnerschaft erreicht sein, dann wird sich China des Partners entledigen wollen. Dabei werden die Chinesen wieder ihr Augenmerk auf die riesigen Gebiete des Fernen Ostens und Sibiriens richten und mit allen Mitteln versuchen die Russen aus diesen Gebieten zu vertreiben. Paradoxerweise sind es nur die USA die Russland das Überleben gegenüber den Ambitionen Chinas garantieren. Die Verleugnung dieser Tatsache könnte zum Untergang des Riesenreichs führen.



Prof. Dr. Albert A. Stahel, ehemals Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich, verstärkt das Team von Portas Capital.

Portas Capital AG, Vermögensverwalter und Berater in Fragen der Anlagestrategie, Portfolio Konstruktion und Produkte Selektion baut im Hinblick einer weiteren Expansion sein Beraterteam weiter aus.
Prof. Dr. Albert A. Stahel wird die Portas Capital AG und ihre Kunden beraten.

Er ist verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Von 1980 bis 2006 war er hauptamtlicher Dozent für Strategische Studien an der Militärakademie der ETH Zürich. Ab Wintersemester 1986 bis heute ist Albert A. Stahel Titularprofessor der Universität Zürich für das gleiche Lehr- und Forschungsgebiet. Seine Forschungsergebnisse wurden in über 400 Beiträgen in internationalen und nationalen Fachzeitschriften publiziert, ausserdem auch in Büchern und Buchbeiträgen. Seit Oktober 2006 ist er Leiter des Instituts für Strategische Studien in Wädenswil. Albert A. Stahel veröffentlichte Publikationen zu aktuellen Themen wie Geopolitik und Geostrategie und unternahm Studienreisen nach China, in die USA, nach Zentralasien, Afghanistan, Russland und in die arabische Welt. In der Schweizer Armee ist Prof. Dr. Albert A. Stahel Oberstleutnant a.D. der Fliegertruppen.

Disclaimer

Die Informationen und Meinungen in diesem Bericht wurden von Portas Capital am angegebenen Datum erstellt und können sich ohne vorherige Mitteilung ändern. Der Bericht wurde einzig zu Informationszwecken publiziert sowie an eine ausgewählte Anzahl natürlichen und juristischen Personen unter Vertraulichkeit versandt. Der Bericht wurde ohne Berücksichtigung der Zielsetzungen, der finanziellen Situation oder der Bedürfnisse eines bestimmten Kunden erstellt. Die Informationen stammen aus oder basieren auf Quellen, die der Portas Capital als zuverlässig erachtet. Dennoch kann keine Gewähr für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Informationen geleistet werden. Die Portas Capital lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung dieses Berichts ab. Der Bericht enthält keinerlei Empfehlungen rechtlicher Natur oder hinsichtlich Investitionen, Rechnungslegung oder Steuern. Verweise auf frühere Entwicklungen sind nicht unbedingt massgebend für künftige Ergebnisse. Die Weiterverwendung des Berichts sowie damit verbundene Erkenntnisse dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung von Portas Capital geschehen. Die Publikation des Newsletters oder Teile davon dürfen nicht in öffentlich zugänglichen Medien erscheinen.